



«Horizon Europe»: Status der Schweiz absolut ungenügend

Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) hat bekannt gegeben, dass sich die Schweiz bis auf Weiteres nicht direkt am 9. Europäischen Forschungsrahmenprogramm beteiligen kann. Sie gilt als nicht assoziierter Drittstaat, womit Forschenden aus der Schweiz zentrale Teile des Programms verwehrt bleiben. economieuisse fordert den Bundesrat auf, sich politisch mit Nachdruck für eine bessere Lösung einzusetzen.

Als Drittstaat hat die Schweiz im weltweit grössten internationalen Forschungsprogramm «Horizon Europe» wenig zu melden. Zwar können Personen und Institutionen an europäischen Projekten teilnehmen, sofern die Eidgenossenschaft dies separat finanziert. Die Leitung und Koordination solcher Projekte aus der Schweiz heraus wird aber verunmöglicht. Auch können Schweizer Forschende beim European Research Council keine Grants mehr beantragen. Damit fällt für sie ein wichtiges und prestigeträchtiges Förderinstrument ausser Betracht.

Attraktivitätsverlust für den Forschungsplatz

economieuisse bedauert diese Entwicklung sehr. Zwar kann die Schweiz durch Direktfinanzierung punktuell einen Ausgleich schaffen. Doch der Forschungs- und Innovationsplatz wird im europäischen Netzwerk benachteiligt. Davon betroffen sind nebst den Universitäten auch zahlreiche Fachhochschulen und viele KMU. Ausserdem büsst die Schweiz für talentierte Nachwuchs- und Spitzenforscher und -forscherinnen deutlich an Attraktivität ein.

Dabei hat sie bereits Erfahrung mit dieser Situation: Von 2014 bis 2016 war die Schweiz im Vorgängerprogramm ebenfalls nur als Drittstaat dabei. Die Teilnahme an europäischen Forschungsprojekten brach damals regelrecht ein und brachte viele Forschende und Studierende dazu, sich fortan auch politisch deutlich stärker für die Zusammenarbeit der Schweiz mit der EU zu engagieren.

Politische Hindernisse beseitigen

Auch aus Sicht der Wirtschaft darf der gegenwärtige Status kein Dauerzustand bleiben. Seitens der EU wurde bereits signalisiert, dass man die Freigabe der längst beschlossenen zweiten Kohäsionsmilliarde durch die Schweiz als Vorbedingung für eine engere Einbindung betrachtet. Die Blockierung im Parlament war durch die schwierigen Verhandlungen über ein Rahmenabkommen begründet. Nun, da diese beendet wurden, sollte die Politik dieses Hindernis möglichst rasch aus dem Weg räumen.